Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 68 (1950)
Heft: 50

Wettbewerbe

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

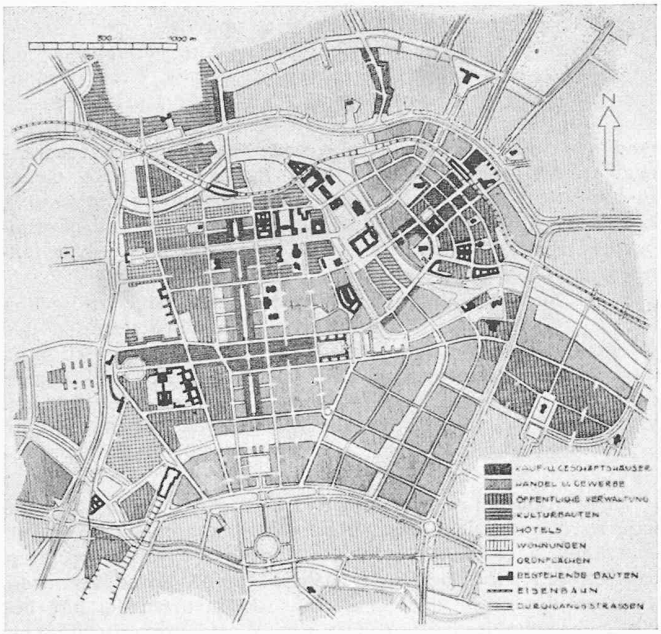

Bild 14. Berlin, Vorschlag von K. Bonatz für die Neugestaltung der Innenstadt, 1 : 50000. Cliché nach «Die Neue Stadt» 1949, Nr. 3

Oben: Spree, Stadtbahn mit Bahnhof Friedrichstrasse und «Unter den Linden»

Mitte: Potsdamerplatz und Leipzigerstrasse, im rechten Winkel dazu die Wilhelmstrasse und die Friedrichstrasse

Unten: der Anhalterbahnhof und das ehemalige Hallesche Tor; der Potsdamerbahnhof wird anscheinend aufgehoben

besserer Anschluss der Fernverbindungen an das bestehende Netz ins Auge gefasst.

Die Berliner Stadtplanung, die eigentlich eine Regionalplanung im Grossen, ja dem Umfang nach schon eine Art Landesplanung darstellt, ist nicht denkbar ohne eine *Anschlussplanung* an diejenige des Landes Brandenburg.

Alle diese Wünsche stehen heute in drastischem Missverhältnis zu den vorhandenen Möglichkeiten. Doch bedeuten die Vorschläge von Bonatz eine wichtige und sehr verdienstvolle Vorarbeit. Sie stellen, gemessen etwa an den vom Seinepräfekten Haussmann im Pariser Stadtbild des dritten Kaiserreiches vorgenommenen Eingriffen, durchaus keine Utopien, sondern sehr massvolle Vorschläge dar. Ihre Durchführung aber bleibt einer fernern, glücklichern Zukunft vorbehalten.

Wohnungsbau

Das *Wohnproblem* ist eines der schwierigsten im Nachkriegsdeutschland. Die Zerstörungen an Wohnsubstanz, die Sorge um die Unterbringung der zahlreichen Rückwanderer und Heimatvertriebenen und die jahrelange Stagnation der Bautätigkeit auf diesem Gebiet liessen den Bedarf an Wohnraum in eine schwindelhafte Höhe emporschnellen.

Wildermuth, der Bundesminister für Wohnungsbau, schätzt den *Wohnungsbedarf* auf 5 bis 6 Millionen. Nach dem ersten Weltkrieg betrug dieser nur die Hälfte (1 Mio Fehlbestand, 2 Mio Neubedarf). Die Weimarer Republik wurde dieser Schwierigkeiten in zehn Jahren Herr mit einem Aufwand von 31 Milliarden RM. Seit 1945 wurden bereits wieder 500 000 Wohnungen erstellt, für das Jahr 1950 sind 250 bis 300 000 vorgesehen.

Das vom Bundestag am 28. März 1950 angenommene erste *Deutsche Wohnungsbaugesetz* rechnet mit dem Bau von 1,8 Mio Wohnungen im Laufe von sechs Jahren. 50 % der für langfristige Anlagen bestimmten Mittel sollen dem Wohnungsbau zufliessen. Damit ist dem Baugewerbe auf Jahre hinaus Beschäftigung geboten. Die Arbeitskräfte warten nur auf den Einsatz, Baustoffe sind wieder in ausreichender Menge und guter Qualität erhältlich.

Das erwähnte Gesetz bringt folgende Regelung:

1. *Oeffentlich gefördertes Bauen:*

Voraussetzungen: Wohnungsgrösse: 32 bis 65 m² (Ausnahmen bis 120 m²), Mieten: 1 bis 1,1 DM pro m² im Monat.

Vergünstigungen: Gewährung zinsverbilligter oder zinsloser Darlehen, Befreiung von der Grundsteuer auf zehn Jahre, Mieterschutz.

2. *Steuerbegünstigter Wohnungsbau:*

Voraussetzungen: Wohnungsgrösse: bis zu 80 m² (Ausnahmen bis 120 m²), Mieten: bis 1,5 DM pro m² monatlich.

Vergünstigungen: keine öffentlichen Baudarlehen, doch Befreiung von der Grundsteuer auf zehn Jahre, beschränkter Mieterschutz.

3. *Frei finanzierter Wohnungsbau:*

Keine Beschränkungen hinsichtlich Wohnfläche und Mietzins, für neu abgeschlossene Mieten kein Mieterschutz.

Eine kräftige Förderung erfuhr der Wohnungsbau neben den *gemeinnützigen Wohnbauunternehmungen* vor allem durch die sogenannten *Selbsthilfe-Organisationen.* Von einzelnen Wohnungssuchenden wurden bis 1500 und mehr Selbsthilfe-Arbeitsstunden geleistet [12]).

Die bisherigen Leistungen werden durchaus kritisch beurteilt. So nennt Ministerialdirektor Prof. Dr. Weisser/Düsseldorf, der Präsident des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, als Ursachen für das Ausbleiben des erhofften Erfolges [12]): a) Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte würden nicht voll ausgenützt; b) Wohnungsproduktion ohne öffentliche Hilfe sei nicht rentabel; c) der verfügbare Bestand an Kapital sei zu klein; d) die private Initiative werde durch behördliche Organisation erschwert; e) eine verfehlte Geldpolitik.

Zur *Baustoffrage* macht Prof. Dr. Ing. Rappaport/Essen der durch seine Vorträge auch in der Schweiz bekannt ist einige interessante Feststellungen: einerseits liege es nahe die sogenannten *Trümmerbaustoffe* (Schüttbauweise und Fertigplatten) auszuwerten, anderseits sei deutlich ein Festhalten am überlieferten Material wahrzunehmen. Weder *Stahl* dessen Produktion beschränkt sei, noch *Holz,* eine Mangelware ersten Ranges, komme in grossen Mengen in Frage, *Neue Baustoffe* seien am ehesten in der Gruppe «Steine und Erden» zu finden [13]).

Rappaport warnt vor Provisorien: «Alles Einstweilige ist vom Uebel. Deutschland ist viel zu arm, um zweimal aufgebaut zu werden».

Der Wiederaufbau und die Wohnungsfrage sind stark beeinflusst durch das Problem der *Flüchtlinge und Heimatvertriebenen.* Am prekärsten ist die Lage in Schleswig-Holstein. Dort ist die Bevölkerungsdichte von 101 pro km² im Jahre 1939 auf 165 im Jahre 1945, ja sogar auf 171 im Jahre 1948 gestiegen [14]). In verschiedenen ländlichen Kreisen überwiegt der Zustrom die alteingesessene Bevölkerung. Die daraus erwachsenden sozialen und politischen Spannungen bilden mehr und mehr eine ernste Sorge.

Eine dauernde Lösung ist nur denkbar innerhalb einer *Raumplanung,* im Rahmen der Landes- und Regionalplanung.

NB. Der Architekt der Pädagogischen Akademie in Frankfurt (Bild 12 auf Seite 683) ist GERHARD WEBER.

(Schluss folgt)

Wettbewerb für eine Schulhausanlage im Dägelsteinfeld in Sursee

DK 727.1 (494.27)

Mit der Veröffentlichung nachstehender Zuschrift schliessen wir die interessante Diskussion um dieses Thema. Red.

In der Schweiz. Bauzeitung 1950, Nr. 47, S. 653, äussert sich Kollege Arch. J. Padrutt, Zürich, als Antwort auf den Begleittext der Redaktion zur Veröffentlichung des Wettbewerbsergebnisses in kritischer Weise zum erstprämiierten Entwurf. Seine Aeusserungen bedürfen der Klarstellung, da sie den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werden und ungenügende Kenntnis derselben verraten.

Offenbar ist es dem Kritiker entgangen, dass er verschiedenes nicht richtig betrachtet und irrtümlich gedeutet hat. Die Klassen der Mittelschule sind nicht in vier, sondern in drei Geschossen untergebracht. Die Geländeverhältnisse gestatten die Freilegung eines niedrigen Untergeschosses auf der Südseite. Die dort vorgeschlagene offene Halle als Verbindung zum Garten und zur Turnhalle — an diesem Verbindungsweg

[12]) *Weisser:* Wünsche und Wirklichkeit des sozialen Wohnungsbaues in Westdeutschland, Vortrag Nürnberg 1949.

[13]) *Rappaport:* Wünsche und Wirklichkeit des deutschen Wiederaufbaues, Vortrag Nürnberg 1949.

[14]) *Franken:* Die Ueberfüllung ländlicher Räume, Vortrag Marburg 1949. — Diese letzten drei Arbeiten sind erschienen als Heft I bis III der «Schriften» des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Frankfurt 1949.

sind praktisch die Nebenräume angeordnet — begrenzt die Höhe des Baukörpers auf die Höhe der drei Klassengeschosse, und der First jeder ordentlichen Luzerner Scheune wird die sogenannte «hohe Kiste» überragen. Die wirkliche Grösse der Mittelschule scheint aus der Bauzeitung nicht leicht ablesbar zu sein, sonst würde sie nicht mit grosstädtischen Verhältnissen verwechselt. Ein einziger Pavillon z. B. des Felsbergschulhauses in Luzern ist bloss 3 m kürzer als der ganze Mittelschultrakt. Was bedeuten darum die Schlagworte «Differenzierung nach Altersstufen», «Masstab des Kindes», «den pädagogischen Anforderungen entsprechende Gruppierung», wenn die Mittelschüler 13 bis 17 Jahre, die Gewerbeschüler 17 bis 20 Jahre alt, und in verschiedenen, vollständig voneinander getrennten Bauten untergebracht sind? Oder glaubt der Kritiker im Ernst, dass im Erdgeschoss lateinische Vokabeln besser eingehen als im zweiten Stock? Die Kritik unseres Kollegen wäre verständlich in bezug auf seine eigenen Entwürfe von 1948 für Chur. Dort handelt es sich um dreistöckige Schulbauten ähnlichen Umfanges, aber für die Primar-, Unter- und Oberstufe (siehe SBZ 1948, Nr. 40* und 42*).

Pausenspielplätze sind erfahrungsgemäss für Mittelschüler nicht notwendig, sondern viel eher gute Spaziermöglichkeiten. Der sogenannte «Riesenplatz» von 20 mal 30 m Seitenlänge ist aus dem Schatten des Hauptgebäudes gerückt und nicht als Spielplatz zu betrachten, sondern als Erweiterung der sehr schmalen Zugangsstrassen, als Sammelpunkt und Vermittler der gegenseitigen Beziehungen von Aula, Mittelschule, Gewerbeschule und Turnanlagen. Dass die Loge des Hauswartes in möglichst unmittelbare Beziehung zu diesem Vorhof gebracht wird, scheint uns eine Selbstverständlichkeit zu sein. Die Hauswartwohnung selber hat einen eigenen Zugang von der Strasse aus. Das Verkehrszentrum in der Gewerbeschule ist im Untergeschoss ebenfalls direkt und ebenerdig an die Strasse und im Erdgeschoss an den Vorhof (Verbindung zur Aula) angeschlossen.

Hinsichtlich der verpönten Mätzchen möchten wir festhalten, dass ein Windfähnli an einem Schulhaus wohl noch lange nicht das Ungeschickteste sein könnte. Weil Windfahnen aber im Kanton Luzern nicht sehr beliebt sind, wurde die Aula mit einer Windrose im Weltall verankert. Ueber Regenabfallrohre wollen wir uns nicht weiter unterhalten.

Ganz abgesehen von Rezepten für diese oder jene Bauweise — für die Grosstadt wird Anderes als für die Landgemeinde richtig sein — wurde mit dem Entwurf für Sursee eine Lösung angestrebt, die den örtlichen Gegebenheiten gemäss die Mittelschule als baulichen Akzent hervortreten lässt. Der Hauptbaukörper ist darum so durchgebildet, ins Gelände gestellt und zu den umgebenden Bauten in Beziehung gesetzt worden, dass dieser Akzent in einfacher Art und Weise dem Betrachter bewusst werden muss.

In Sursee ist die Durchführung eines solchen Bauvorhabens ein bedeutendes Unternehmen, vor allem was die finanziellen Auswirkungen anbelangt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Lösungen gesucht werden, die möglichst wenig Mittel in Anspruch nehmen, wenn auch nur scheinbar und im Augenblick. So wird geprüft, ob das bestehende Schulhaus nicht einfach weiter ausgebaut und ausgenützt werden könne. Dabei ist dasselbe heute schon in aussergewöhnlicher Weise überlastet und übernutzt. Es sind dort untergebracht: die Primarschule, die Sekundarschule, die Mittelschule, die Gewerbeschule, die Hauswirtschaftsschule. Ausserdem sind, wie üblich in ländlichen Verhältnissen, im Schulhaus die verschiedensten Vereine und andere Körperschaften heimatberechtigt. Auf die Dauer betrachtet müssen so die Verhältnisse immer unhaltbarer werden. In kurzen Abständen wird sich die Gemeinde trotz der Aufwendung bedeutender Mittel immer wieder vor die gleichen Tatsachen gestellt sehen, die in gleicher Weise wie heute neue Notlösungen erfordern.

Es ist deshalb wichtig, wenn durch möglichst sparsame Gestaltung der Neubauten der Weg geebnet wird für Lösungen, die gleichzeitig eine Entlastung des Bestehenden mit sich bringen. Für den Entwurf bedeutet dies, dass die allgemeinen Verhältnisse des Ortes auch für das Schulhaus massgebend sein sollen und damit manches wegbleiben kann und wegbleiben muss, was in der Grosstadt aus verschiedenen Gründen notwendig erscheint. Dass ästhetische und wirtschaftliche Erwägungen sich im vorliegenden Entwurf decken, wird kaum nachteilig gewertet werden können.

E. Jauch W. H. Schaad

NB. Der vom Kritiker nicht erwähnte Mitverfasser des Entwurfes ist bereit, seinen Anteil an der Kritik auf sich zu nehmen.

MITTEILUNGEN

Die lüftungs-technischen Anlagen im neuen House of Commons in London, das am 26. Oktober 1950 durch den König eröffnet worden ist, werden in «Engineering» vom 24. November 1950 eingehend beschrieben. Das alte Gebäude fiel am 10. Mai 1941 einem Bombenangriff zum Opfer. Das neue Gebäude ist mit gut ausgebauten Einrichtungen für Heizung, Lüftung, Klimatisation und Beleuchtung ausgerüstet. Die Ventilationsluft wird im Sommer zwecks Trocknung auf etwa 7° C gekühlt und nachher wieder erwärmt. Die Luftkühler arbeiten mit Kühlsole, die mit zwei Freon-F 12 Kompressoren von je rd. 430 000 kcal/h Kälteleistung auf niedriger Temperatur gehalten werden (Leistung eines Kompressormotors 240 PS). Die Röhrenkessel-Kondensatoren arbeiten mit Zirkulationswasser, das die Wärme in einem auf dem Dach aufgestellten Rückkühlwerk an die Umgebung abgibt. Es ist bemerkenswert, dass derartige Anlagen mit künstlicher Kühlung nun auch in England erstellt werden.

Netzschutztagung bei Brown Boveri in Baden. Die A.-G. Brown, Boveri & Cie. in Baden hat im September 1950 eine grössere Anzahl von Fachleuten aus dem In- und Ausland zu einer Tagung nach Baden eingeladen, an der über die Ergebnisse verschiedener wichtiger Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiete des Netzschutzes berichtet und die entsprechenden Neukonstruktionen in verschiedenen Laboratorien im Versuchsbetrieb, sowie anlässlich eines gemeinsamen Besuchs des neuen Kraftwerks Lavey vorgeführt wurden. Vielfachen Wünschen aus Teilnehmerkreisen entsprechend hat nun die genannte Firma die an dieser Tagung gehaltenen Vorträge in Form eines sehr schön ausgestatteten Heftes veröffentlicht, das den Titel «Netzschutz-Tagung 1950» trägt.

Regeln für elektrische Maschinen. Der Vorstand des SEV veröffentlicht im «Bulletin des SEV» Nr. 23 vom 11. November 1950 den Entwurf zu neuen Regeln für elektrische Maschinen, die die früheren Publikationen Nr. 108 und 108a des SEV ersetzen sollen. Die Mitglieder des SEV werden eingeladen, diesen Entwurf zu prüfen und Bemerkungen bis zum 31. Dezember 1950 in doppelter Ausfertigung dem Sekretariat des SEV, Seefeldstrasse 301, Zürich 8, einzureichen.

LITERATUR

Braunau am Inn, ein Denkmal mittelalterlichen Stadtbaues. Von Arthur Waltl. Schriftenreihe der oberösterreichischen Landesbaudirektion, o. O. und J. (Wels 1949). Preis geh. 33 S.

Die kleine Arbeit will «einen Beitrag zur Lösung des Problems des technischen und wirtschaftlichen Aufbaues einer Gründungsstadt des 13. Jahrhunderts geben» und bringt, durch geschmackvolle Illustrationen unterstützt, zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über den Aufbau der Stadt. Dann folgt eine Beschreibung der kirchlichen Bauten, des Bürgerhauses und der Festungsbauten. Die Stadt erreichte im 15. Jahrhundert ihre Blüte, ihr späterer Niedergang, besonders im 19. Jahrhundert mit «der Mechanisierung des Verkehrs», die ihr umfangreiches Verkehrsgewerbe bis zur Vernichtung traf, wurde erst in unsern Tagen durch den Ausbau der Innwasserkräfte aufgehalten. Ob die vom Verfasser prophezeite «Wende» eintreten wird, muss die Zukunft lehren. Im Anhang wird schliesslich die interessante Bauordnung der Stadt Braunau aus dem Jahre 1516 wiedergegeben. Das Büchlein ist nicht nur drucktechnisch tadellos ausgestattet, sondern bietet auch inhaltlich dem Architekten von heute manche Anregung.

A. Kuntzemüller

Wasserversorgung. Von Dr. Ing. Carl Dahlhaus, Hannover. 134 S., 116 Abb. Leipzig 1949, Teubner Verlagsgesellschaft. Preis kart. US-Dollar 1.37.

Der als Direktor der Städtischen Wasserwerke von Hannover tätige Verfasser hat das Buch nach seinem Vorwort einerseits zur Förderung der Ausbildung angehender Ingenieure und anderseits für Ingenieure der Wasserversorgungs-Praxis geschrieben. Der ersten Aufgabe dürfte es in vollem Umfange gerecht werden, der anderen jedoch in verschiedenen Belangen nicht genügen, da es zwar einen guten Ueberblick